

Unter anderem in dieser Ausgabe:

MITGLIEDERENTSCHEID: DIE BASIS ENTSCHIEDET ÜBER BGE s. 4

HEIZKOSTEN: NEUE REGELUNGEN IN DER KRITIK s. 6

STADTRAT: DAS WURDE DEZEMBER & JANUAR BESCHLOSSEN s. 8

VORANKÜNDIGUNG: LINKE BILDUNGSKONFERENZ LETZTE SEITE

Veranstaltungstipp

Fi(gh)t for Feminism!

Am 8.3.2022 bündeln sich linksaktive und sportliche Kräfte im Leipziger Süden! Sportclub Süd & Sporttage Süd bieten für alle interessierten FLINTA* verschiedenste Sportkurse an.

siehe letzte Seite

Mitteilungsblatt

Ausgabe 02/22

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Am 2. Februar rief die Gewerkschaft NGG anlässlich der Tarifverhandlungen in der Gastronomie zur Kundgebung in Leipzig auf. Motto: "Fünf vor Zwölf" – so stehe es nämlich in der Gastro. In keinem Sektor gibt es Anteilig mehr Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiten. Als DIE LINKE zeigten wir vor Ort unsere Solidarität - u.a. mit Genoss:innen der betrieb&gewerkschaft, dem Landesvorsitzenden Stefan Hartmann und dem Landtagsabgeordneten Marco Böhme.

Foto: Andy S.

Politik aus der Perspektive derjenigen, die vom Kapitalismus wenig, bis nichts erwarten können!

Ariane Barth für die AG Organizing Nachdem sich im letzten Jahr die AG Haustürwahlkampf gegründet, organisiert und schlussendlich insbesondere im Leipziger Osten bewährt hat, haben die Aktiven der Arbeitsgruppe sich entschlossen die etablierten Wahlkampfstrukturen zu erhalten und auszubauen. Dementsprechend haben wir am 08. Dezember 2021 entschieden, die AG Haustürwahlkampf in die AG Organizing umzuwandeln.

Organizing umfasst hierbei eine Reihe von Methoden, die darauf abzielen, verschiedene Gruppen von Menschen langfristig und nachhaltig zusammenzubringen, um sich gegen alltägliche Ungerechtigkeiten, Unterdrückung oder Diskriminierung stark zu machen, sich zu organisieren und so dauerhaft für ihre politischen Interessen einzustehen und zu kämpfen. Trotz dieser Neuausrichtung bleiben Haustürgespräche weiterhin ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Aus Erfahrung wissen wir, dass sie ein besonders wirksames Instrument sein können, um Menschen zu erreichen und sie zusammenzubringen. Damit wollen wir unsere Parteibasis und die Nähe zu den parteinahen Bewegungen in Leipzig langfristig sichern und ausbauen, und das

nicht nur im Wahlkampf. So wollen wir dazu beitragen, dass Leipzig rot bleibt! Hierbei möchten wir anmerken, dass wir nicht nur in unseren linken Hochburgen aktiv sind, sondern auch mit Menschen in Kontakt kommen wollen, die keine feste linke Haltung haben, um ihnen zuzuhören und sie für den Kampf für eine offene, solidarische und gerechte Gesellschaft zu ermutigen.

So haben wir drei Handlungsfelder für unsere AG und uns Aktive im Dezember beschlossen:

- Basis- und Neumitgliederarbeit
- themenbezogene Arbeit und Veranstaltungen
- politische Bildung und parteipolitische Arbeit

Hierfür hatten wir uns in unserer ersten Klausurtagung mit verschiedenen Ideen und Themen unserer Aktiven auseinandergesetzt und daraus folgend ein erstes Projekt beschlossen: Wir wollen zu Beginn mit unseren älteren Genoss*innen in Kontakt kommen und gemeinsam die Anwohner*innen an den Haustüren besuchen. Zusammen wollen wir so einen Stadtteil kennenlernen und mit den verschiedenen Personengruppen kooperativ

herausfinden, was den Menschen im Viertel fehlt oder was sich die Menschen vor Ort wünschen und gemeinschaftlich daran arbeiten. Zum aktuellen Zeitpunkt sind wir noch in der Vorbereitung unserer ersten Projektgruppe, aber gern informieren wir euch über unsere Erfolge in der Zukunft und halten euch auf dem Laufenden. Weitere Aktionen in der Arbeitsgruppe sind beispielsweise die Teilnahme unserer AG im Arbeitskreis Organizing der Rosa-Luxemburg-Stiftung im März. Zudem sind für unsere Arbeit auf fundierte Informationen sowie Wissen angewiesen, weswegen wir für unser Handlungsfeld „Basis- und Neumitgliederarbeit“ unsere Mitgliederstrukturen in den einzelnen Stadt-

Fortsetzung auf Seite 2



Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Auf Grund der Corona Pandemie finden die Sprechstunden teilweise telefonisch und/oder online statt. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der jeweiligen LINKEN-Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Mo. 14. Februar 2022, 16:30 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Do. 3. März 2022, 17:00 Uhr, Stadtteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow
- Do. 10. März 2022, 20:00 Uhr, Online-Sprechstunde mit den StadträtInnen Olga Naumov und William Rambow
- Do. 31. März 2022, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustraße 15 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr und jeden Mi. 11:00 bis 13:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- 2. und 4. Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstraße 101, Sozialberatung auf Anfrage Tel. Nr.: (0341) 60 477 300
- Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung Anmeldung: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Tel. Nr.: (0341) 123 21 59
- Fraktionssitzung: 23. Februar 2022, 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 15. März 2022, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Fortsetzung von Seite 1

bezirksverbänden begutachtet haben. Mit Freude erkannten wir dabei, dass 241 Neumitglieder, in der Zeit vom 01.01.2021 bis zum 04.01.2022, in unsere Stadtverband eingetreten sind oder auch, dass der SBV West mit einem Durchschnittsalter von 62,62 Jahren der älteste Stadtbezirk im Stadtverband ist.

Wenn ihr also Zeit und Lust habt uns ken-

nenzulernen oder mitmachen möchtet, dann könnt ihr zu unserem nächsten AG-Treffen, am 14.02.2022, um 19 Uhr, vorbeikommen oder ihr meldet euch bei unseren Sprecher*innen Ariane Barth (ariane_barth@yahoo.com) oder Holger Krusche (holger.krusche@dielinke-leipzig.de).

Wir freuen uns auf euch!

Fit mit LINKS – die LINKE Sportgruppe

Wenn es die Corona-Lage zulässt, startet ab April wieder unsere LINKE Sportgruppe mit ihren Aktivitäten. Diese ist offen für alle Interessierten, die vor haben ein wenig mehr Sport zu treiben, denen aber alleine oftmals nur der letzte Motivations-schub fehlt. Um die guten Vorsätze fürs neue Jahr nicht gleich wieder ad acta zu legen und unsere Pandemiegeplagten nicht zu vernachlässigen, wollen wir die wärmere Jahreszeit wieder aktiv nutzen. Dabei werden verschiedene sportliche Herausforderungen gemeinsam unter fachkundiger Anleitung angegangen und gemeistert. Der Sportkurs ist für alle geeignet. Mitzubringen sind Getränke, ein Handtuch und wetterfeste Sportkleidung. Für mehr Infos und zur Terminabstimmung wendet Euch bitte an Nancy: nancy.hochstein@dielinke-sachsen.de



Plakat der Kommunalwahl 2019 (das Plakat hing natürlich nur für das Foto dort)

Foto: Grex

Keine Wahlen in Leipzig? Unterstütze deine Nachbarkreisverbände.

Adelheid Noack In diesem Jahr finden in vielen Gemeinden, Städten und den Landkreisen Wahlen statt. Oberbürgermeister:innen und Landrät:innen werden neu gewählt. In Leipzig wählen wir 2022 nicht. Du willst trotzdem nicht auf den Spaß bei Infoständen, Haustürwahlkampf oder Materialverteilung verzichten? Dann hilf den Genoss:innen rund um Leipzig! Ihr habt Lust unsere Genoss:innen in **Nordwestsachsen** also von Delitzsch über Taucha, Oschatz und Torgau bis nach

Bad Dübener zu unterstützen? Dann meldet euch unter kontakt@dielinke-nws.de Oder ihr helft bei den Wahlkämpfen in **West-sachsen** von Markkleeberg über Borna, Grimma und Wurzen. Meldet euch unter kontakt@dielinke-west-sachsen.de

📍 Wo, wie und wann die Wahlen in diesem Jahr stattfinden erfahrt ihr unter: dielinke-sachsen.de/wahlen/kommunalwahlen-2022



Der erste Mitgliederentscheid „von unten“ steht an!

Foto: Marco Dzallas

Mischa Kreutzer für die LAG Bedingungsloses Grundeinkommen Von der Idee zur basisdemokratischen Urabstimmung

Der Fahrplan steht: Im September 2022 werden alle Mitglieder von DIE LINKE bundesweit und basisdemokratisch über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) abstimmen. Aber worum geht es überhaupt? Und wie ist es eigentlich dazu gekommen? Ein Mitgliederentscheid ist eine basisdemokratische Urabstimmung aller Parteimitglieder zu politischen Fragen oder Personalfragen. Die Durchführung eines Mitgliederentscheids kann beispielsweise durch den Parteitag beschlossen oder von fünf Prozent aller Parteimitglieder herbeigeführt werden.

Bereits im Frühjahr 2017 hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen dazu entschieden, einen solchen Mitgliederentscheid zum BGE herbeizuführen. Noch im selben Jahr haben wir damit begonnen Unterschriften zu sammeln. Im Frühjahr 2020 war es dann soweit: mit Hilfe zahlreicher Unterstützer*innen haben wir über 3.100 gültige Unterschriften von Parteimitgliedern gesammelt – das Quorum von

fünf Prozent war erreicht. Damit handelt es sich um den ersten von Basis herbeigeführten Mitgliederentscheid in unserer Bundespartei.

Für uns ist eine sachliche und ausgeglichene Debatte im Vorfeld der Entscheidung wichtig. Wegen Corona war es nicht wie sonst möglich Veranstaltungen durchzuführen oder mit allen Genoss*innen in den Diskurs zu treten – das Parteileben lag brach. Außerdem erschien es für uns nicht zielführend, einen so wichtigen Mitgliederentscheid parallel zu einem Bundestagswahlkampf durchzuführen. Eine Plan B musste her. Gemeinsam mit dem Parteivorstand haben wir daher einen Antrag zum zeitlichen und inhaltlichen Ablauf für den Bundesparteitag erarbeitet. Dieser Antrag wurde der 1. Tagung des 7. Bundesparteitag im Februar 2021 zur Abstimmung vorgelegt und von diesem positiv entschieden: Spätestens ein Jahr nach der Bundestagswahl würde der Mitgliederentscheid stattfinden.

Die Menschen verlangen Antworten von

uns. Wir als BAG haben ein Konzept zum BGE aufgestellt, das europaweit viel Ansehen genießt. Es beschreibt ein modernes linkes Sozialstaatskonzept – sanktionsfrei und ohne Stigmatisierung von Bedürftigkeit. Es stellt klare Unterschiede zu allen anderen politischen Akteur*innen heraus, zeigt klare Perspektiven für die Zukunft auf und bedient ganz bewusst ein auf Gemeinwohl und Solidarität ausgelegtes Menschenbild. Wir finden das BGE stärkt DIE LINKE, ohne dass wir andere Positionen aufgeben müssen.

Nun geht es bald schon los, denn bevor es ans Entscheiden geht, ist eine sechsmonatige Phase für Meinungsbildung und Diskussion vorgesehen. Wir möchten dich vom Grundeinkommen überzeugen und freuen uns auf die gemeinsame Debatte. Wir sagen JA zum BGE beim Mitgliederentscheid im September 2022.

📍 Mehr Infos und Möglichkeiten zum Mitmachen findest du hier: mit-links-zum-grundeinkommen.de

Antifaschistisch, Kommunistisch, Antiimperialistisch – Die Rote Wende Leipzig im Interview

Das Interview führte **Kay Kamieth**

In den letzten Jahren wurde beim traditionellen Gedenken an die Leipziger Engert-Schumann-Kresse Gruppe die Zahl der Anwesenden erhöht und deren Altersdurchschnitt gesenkt. An dieser Entwicklung hat auch eure Gruppe, die Rote Wende Leipzig, ihren Anteil. Welchen Stellenwert hat die antifaschistische Erinnerungspolitik für Euch?

Wir fanden es auch gut dieses Jahr wieder zusammen mit Euch und vielen anderen an die ermordeten Leipziger AntifaschistInnen zu gedenken. Für uns hat Erinnerungspolitik einen großen Stellenwert. Es ist ein bedeutsamer Teil unserer Gruppenidentität, schließlich waren unsere ersten gemeinsamen Aktionen als Rote Wende thematisch überwiegend im historischen Kontext eingebettet: von Rosa Luxemburg über die Märzkämpfe 1920 bis hin zur Schumann-Engert-Kresse-Gruppe und Ernst Thälmann – Leipziger Linke können auf eine lange Geschichte zurückgreifen und das haben wir von Anfang an auch gemacht. Für uns war dieser Rückgriff immer zeitgleich mit der Frage verbunden, was wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit für unsere heutige politische Arbeit lernen können. Was lief damals gut und was lief schlecht? Was sehen wir anders als damals und warum? Zusätzlich bietet das gemeinsame Erinnern eine Möglichkeit eine Verbundenheit unter linken Menschen zu erleben. In der Trauer und dem Gedenken stehen wir zusammen mit vielen unterschiedlichen Menschen und ihren individuellen politischen Ausrichtungen. Von der Georg-Schwarz-Brigade bis zum VVN/BdA – uns eint in dem Moment die gemeinsame Geschichte. Daher ist das auch immer eine Chance mit anderen Linken ins Gespräch zu kommen und sich zu vernetzen.

Wie seht ihr die Zunahme an nationalis-

tischen und chauvinistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft?

Wir sind uns nicht sicher, ob man wirklich von einer Zunahme sprechen kann. Über 32 Jahre lang hat die CDU als Regierung alles getan, um die Gefahr von rechts kleinzureden und dafür aber linke Gegenbewegungen zu kriminalisieren. Nationalistische und chauvinistische Tendenzen sind immer ein großes Problem in der Gesellschaft nach 1990 gewesen, besonders in Ostdeutschland. Doch erst seit sich die Faschisten nicht mehr einfach so in die CDU integrieren lassen, sondern die Partei erstmals selbst Ziel von rechtem Terror ist, wird das große gesellschaftliche Problem vielleicht auch langsam als ein Solches wahrgenommen.

Wir sehen dennoch ein immer unverhüllteres Auftreten von Faschisten und ein Kleinbürgertum, welches sich teilweise den Nazis anschließt, mitmarschiert und rechte Parolen übernimmt. Dadurch fühlen sich die Faschisten bestärkt und können offen einen Angriff auf die bürgerliche Demokratie fordern.

Man kann davon ausgehen, dass deswegen Hetze, Anschläge, Übergriffe zunehmen werden. Eine gewaltbereite Rechte, welche bewaffnet ist und sich vor der Revolution sieht, wird vor Mord nicht zurückschrecken.

Und was sollte mensch aus eurer Sicht dagegen tun?

Die Rote Wende Leipzig versteht sich nicht als eine explizite Antifa-Organisation. Unser Ansatz ist es, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, in welcher wir leben zu kritisieren. In diesem Sinn ist die stärkste Waffe gegen Nationalismus und Chauvinismus eine starke linke Bewegung, die mit einer materialistischen Kritik ein besseres Angebot zur Lösung drängender Probleme anbietet. Dafür ist es notwendig auch mal aus der eigenen Wohlfühlblase heraus zu treten und die Sektenartigkeit hinter sich zu lassen. Kurzfristig wird das die Gefahr von rechts

sicherlich nicht vermindern. Leider können wir uns in diesem Bereich aber auch nicht auf die sächsische Justiz und Polizei verlassen. Wir denken, um den aktuellen Entwicklungen durch organisierte Nazis, Corona-Leugner und AFD effektiv zu begegnen zu können, kommen wir nicht um den Aufbau eigener Bildungskonzepte und eines eigenen Antifa-Selbstschutzes drumherum.

Auch wenn der Kampf gegen rechts viel Kraft kostet, welche politischen Schwerpunkte habt ihr darüber hinaus?

Unser wichtigster Ansatz ist es Klassenkämpfe in Leipzig zu unterstützen. Ganz praktisch, indem wir uns bei Streiks und Gewerkschaftsaktionen solidarisch zeigen und theoretisch, in der Weiterbildung unserer Leute. Dafür versuchen wir Wissen über Marxismus und die Geschichte der KommunistInnen in Deutschland uns selbst anzueignen und gleichzeitig andere dafür zu interessieren. Grundlegend versuchen wir unsere Arbeit auf die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung auszurichten. Wir haben ein Leitspruch: „Klassenkampf ist nicht alles, aber ohne Klassenkampf ist alles nichts.“ Und dies versuchen wir in jeden Teil unserer Arbeit einfließen zu lassen.

In eurem Selbstverständnis beschreibt ihr euch als antifaschistisch, kommunistisch, antiimperialistisch. Nicht alle dieser Begriffe sind in der Linken aktuell en vogue. Was versteht ihr konkret darunter?

Wir sind keine großen Freunde eines meterlangen Selbstverständnisses. Die von dir aufgezählten Attribute helfen sicherlich uns einzuordnen und für Menschen, die sich davon nicht angezogen fühlen, sind wir dann wohl leider nicht en vogue. Grundsätzlich sind diese Begriffe wichtig, um die Kritik an den herrschenden Zuständen auf den Punkt zu bringen. Es geht darum den Konformismus und die Totalität unserer Gesellschaft und die Eigentumsverhältnisse der Produktionsmittel in Frage zu stellen. Es ist die Kritik an der Herrschaft des Finanz- und Monopolkapitals über die Politik und die Aufteilung der Welt und der Menschheit, um die maximale Ausbeutung zu garantieren. Das sind die Überlegungen, die unseren theoretischen Ansätzen vorausgehen. Für uns ist es aktuell aber nicht notwendig und sinnvoll zu versuchen ein geschlossenes Ideologegerüst hinzubrettern. Vermutlich würde das dann auch kein „normaler“ Mensch außerhalb von linken Zusammenhängen lesen. Dies kann nur eine bundesweite Organisation leisten, aber sicherlich kein regionaler Zusammenschluss. Wer mit



uns redet merkt schnell, wie wir ticken, aber dass wir auch andere Meinungen stehen lassen können.

Mit welchen Aktionsformen versucht ihr eure politischen Inhalte und Ziele in die Gesellschaft zu tragen?

Von Demonstrationen bis Lesekreis ist alles bei uns zu finden. Wir probieren bei dieser Frage immer mit der Überlegung reinzugehen, wie wir am sinnvollsten unsere gesetzten Ziele erreichen können. Das bestimmt dann meistens schon die Art und Weise unseres Handelns. Ob wir dann dabei gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen, ist uns erst einmal egal. Uns geht es dabei nicht darum, möglichst viele Demos oder Vortragsveranstaltungen zu machen, sondern einerseits feste Daten abzudecken und dann natürlich auf Ideen und Wünsche unserer Leute einzugehen. So kommt es, dass wir einerseits an klassischen Gedenkveranstaltungen teilnehmen und andererseits mit dem „Klassenfest“ eine Kundgebung mit politischen Rap organisieren. Aber manchmal sind wir auch getrieben von den aktuellen Geschehnissen und versuchen einfach nur eine akzeptable Kundgebung innerhalb von 12 Stunden auf die Beine zu stellen, wie am 28. Januar.

Wie ist Euer Verhältnis zum Parlamentarismus und den politischen Parteien?

Da ist jetzt die Frage, wie Parlamentarismus verstanden wird. Wenn es darum geht, das Parlament als wichtigste Instanz im Klassenkampf zu sehen und möglichst viele Posten und Pöstchen besetzen zu wollen, dann lehnen wir das entschieden ab. Der Sozialismus wird sicherlich nicht über eine Parlamentsabstimmung ins Land ziehen. Im Gegenteil, durch das Klammern an staatlicher Alimentierung und der Sucht nach dem Gefühl von Macht wird regelmäßig Karriereistentum und kleinbürgerlicher Legalismus gefördert. Das ist nicht unser Weg. Grundsätzlich sehen wir aber auch die Notwendigkeit die Arena des Parlaments zu nutzen. Immerhin wird über die Legislative fast unser gesamtes Leben bestimmt. Es macht eben einen Unterschied, ob es einen Mindestlohn gibt und wie hoch dieser ist. Auch kostenloser ÖPNV und eine Krankenversicherung für Alle sind Projekte, die unserer Klasse helfen. Es braucht also eine linke Partei, welche Sozialreformen im Parlament auf den Tisch bringt, um zeitnah Auswirkungen des Kapitalismus abzumildern. Ein kostenloses Schulessen für jedes Kind ist dann mehr wert als die radikalste Kritik am Parlamentarismus. Uns ist klar, nur durch Parolen wird es Nie-

manden besser gehen. Es ist kindisch, den Menschen zuzurufen, dass sie „sich organisieren“ sollen, aber keine Struktur bieten zu können, die die Erwartungen der Menschen überhaupt sinnvoll aufgreifen kann. Daher finden wir eine Partei wie Die Linke wichtig und richtig. Wir finden es richtig, wenn sich die Lohnabhängigen organisieren, um ihre Interessen durchzusetzen, ob es jetzt in der Linkspartei oder bei den DGB-Gewerkschaften ist - nur starke Massenstrukturen können die Angriffe des Kapitals abwehren. Dass es dann von unserer Seite aus Kritik gibt, wenn die Linke versucht möglichst staatstragend zu sein oder die DGB-Gewerkschaften die Sozialpartnerschaft anbieten, damit muss dann eben gerechnet werden. Wir haben in Leipzig bisher mit der Linkspartei gut zusammenarbeiten können und denken, dass dies die Linke als Bewegung insgesamt stärker macht.

Und zum Abschluss seit wann seid ihr aktiv und wie können sich Interessierte bei euch einbringen?

Uns gibt es seit 2016. Dabei haben wir uns im Laufe der Zeit auch weiterentwickelt und es haben sich assoziierte Gruppen gebildet. Jugend im Kampf oder Revolutionäre Frauen Leipzig bieten einen Einstieg in jugendpolitische Themen oder in proletarische Frauenkämpfe. Wer bei RWL mitmachen möchte, schreibt uns am besten eine E-Mail – dann gibt es ein Kennenlerngespräch und beide Seiten schauen, ob die Chemie stimmt. Es sind auch immer Alle eingeladen bei unseren Aktionen vorbeizukommen. Uns kann man aber auch über andere Wege unterstützen. Zum Beispiel suchen wir seit längerem einen Ort an dem wir Veranstaltungen mit 50 -100 Menschen durchführen können. Wer da etwas zum Mieten oder Kaufen weiß, kann uns das gerne mitteilen. Ansonsten sammeln wir aktuell Geld für ein Verfahren, bei dem eine Demonstration am 1.Mai 2020 von Polizei angegriffen wurde. Da freuen wir uns auch über jeden gespendeten Euro.

Vielen Dank für das Interview

Vielen Dank für das Interesse



Terminhinweis

„Den gefallenen Kämpfern aus den Kapptagen. Das dankbare Proletariat.“

Volker Külöw Anlässlich des 100. Jahrestages der erfolgreichen Niederschlagung des Kapp-Putsches beschloss der Leipziger Stadtrat am 7. Juni 2020 auf Antrag der Linksfraktion das würdige Gedenken an die seinerzeitigen Opfer der Leipziger Arbeiterbewegung. Bis 2022 sollten dafür zum einen die bestehenden Gedenkorte – insbesondere die Gedenkstätte auf dem Südfriedhof für 38 gefallene Arbeiter mit dem Findling und dessen Aufschrift „Den gefallenen Kämpfern aus den Kapptagen. Das dankbare Proletariat.“ sowie der Gedenkstein auf dem Friedhof Leutzsch wieder in einen angemessenen Zustand versetzt werden. Zum anderen soll in den Augustusplatz eine Bodenrelieftafel eingelassen werden: am 14. März 1920, dem sogenannten „Leipziger Blutsonntag“, kostete der Überfall reaktionärer Kräfte auf Leipziger Arbeiter und Arbeiterinnen genau dort mindestens 15 Menschen das Leben; darüber hinaus waren mehr als 40 Verwundete zu beklagen.

Am Samstag, den 19. März 2022 - auf den Tag 100 Jahre nach seiner Errichtung – findet um 10.00 Uhr auf dem Südfriedhof die symbolische Eröffnung und Übergabe der restaurierten und in Teilen neu gestalteten Gedenkstätte in den Bestand der Kommunalen Friedhöfe der Stadt Leipzig statt. Die Gedenkstätte Opfer Kapp-Putsch wurde in den letzten Monaten von der Paul-Benndorf-Gesellschaft zu Leipzig e.V. (PBG) restauriert, die auch zur Feierstunde einlädt (Grabfeld Märzgefallene, Südfriedhof, XIX. Abteilung, 2. Gruppe, nahe Osttor Prager Straße). Neben Vereinsvertretern werden auch Bürgermeister Heiko Rosenthal (DIE LINKE) und der Stadtrat der Linksfraktion Dr. Volker Külöw das Wort ergreifen. Alle interessierten Besucherinnen und Besucher sind herzlich eingeladen. Positive Neuigkeiten gibt es auch zur geplanten Bodenrelieftafel, die laut Stadtratsbeschluss aus Spendenmitteln der Leipziger Bevölkerung finanziert werden soll. Ein Mitglied unseres Stadtverbandes hat die sensationelle Summe von 5.000 Euro für die Anfertigung der Tafel und damit bereits die Hälfte des notwendigen Betrages gespendet. Ein ganz großes Dankeschön an dieser Stelle an die Genossin, die nicht genannt werden möchte.

Sa. 19. März 2022, 10:00 Uhr, Südfriedhof



Die neue Heizkostenverordnung

Mischa Kreuzer und wie sie zur Mehrbelastung für Mieter*innen wird

Im November vergangenen Jahres wurde die neue Heizkostenverordnung vom Bundesrat bestätigt. Damit soll die Heizkostenabrechnung für Mieter*innen transparenter werden. In der medialen Berichterstattung wurde die Novellierung, mit der die letzte Regierung EU-Vorgaben umgesetzt hat, als Gewinn für Mieter*innen gefeiert – doch sie bringt einige scheinbar verbraucher*innenfreundliche Änderungen mit sich. Ohne Zweifel sind nicht alle Neuerungen schlecht; viele davon sind allerdings nicht nur unnützlich, sondern treiben die Nebenkosten für Mieter*innen in die Höhe.

Künftig muss die jährliche Abrechnung einen Vergleich zum Verbrauch im Vormonat und Vorjahresmonat sowie zum Durchschnittsverbrauch enthalten. Die Angabe des Durchschnittsverbrauchs ist tatsächlich eine interessante Information, weil so das eigene Heizverhalten mit dem der übrigen Bewohner*innen verglichen werden kann. Beim Vergleich zum Vormonat und Vorjahresmonat kann man schon skeptisch sein: Witterungsbereinigt aufbereitet weisen die Zahlen zwar theoretisch auf die Änderung des eigenen Heizverhaltens hin; ob hier nennenswerte Änderungen über die Zeit zu erwarten sind, ist allerdings zu bezweifeln. Da tragen Störgrößen und rechnerische

Abweichungen wahrscheinlich wesentlich mehr zur Differenz bei als das eigene, möglicherweise leicht geänderte Heizverhalten. Zusätzlich müssen auch Informationen zum Brennstoffmix und den erhobenen Steuern, Abgaben und Zöllen geliefert werden. Grundsätzlich schadet das Wissen um diese Werte natürlich nicht.

Darüber hinaus sollen ab 2027 nur noch fernablesbare Heizkostenverteiler eingesetzt werden. Sobald diese Zähler eingebaut sind, sollen Mieter*innen jeden Monat Informationen zu ihrem Verbrauch erhalten. Hier stellt sich die Frage nach dem Nutzen, verfügt doch jeder gutsortierte Haushalt über ein handelsübliches Außenthermometer. Zugegebenermaßen ist es natürlich charmanter, die Informationen schön aufbereitet und anhand von belastbaren Verbrauchszahlen vorgelegt zu bekommen. Dazu muss man aber wissen, dass die Kosten für die Miete von Heizkostenverteilern, Ablesung, Abrechnung und die damit verbundene schriftliche Korrespondenz auf die Nebenkostenabrechnung aufgeschlagen wird. Und da sich die Ablesedienste Deutschland mit einem Quasimonopol brav aufgeteilt haben und es nicht jede*n Vermieter*in interessiert, was Mieter*innen dafür berapen müssen, erinnern die Angebotspreise

für diese Dienstleistungen oft an jene von Heizdecken auf Kaffeefahrten. Dazu wird es netten Vermieter*innen durch die Komplexität von technischen Messgeräten und Abrechnung immer schwieriger gemacht die angebotenen Dienstleistungen der Ablesedienste abzuwählen und die Abrechnung kostengünstig selbst zu erstellen. Wie hoch die Belastung für Mieter*innen sein kann, kann ganz einfach anhand der eigenen Nebenkostenabrechnung geprüft werden. Bei mir sind es jetzt schon etwa 20 Prozent meiner Heizkosten. Nur dafür, dass ich weiß wieviel ich im letzten Jahr geheizt habe. Eine solche monetäre Auswirkung hat die stark kritisierte CO₂-Steuer jedenfalls nicht. Durch die neue Heizkostenverordnung werden diese Kosten aufgrund der zusätzlichen Dienstleistungen tendenziell steigen.

Es hätte also eher von erfolgreicher Lobbypolitik der Ablesedienste berichtet werden sollen, als von Errungenschaften im Verbraucher*innenschutz. Besonders jetzt, wo die Energiepreise sprichwörtlich durch die Decke gehen, muss DIE LINKE sich auch hier für betroffene Menschen einsetzen: Für die Zerschlagung der Quasimonopole der Ablesedienste und eine Vereinfachung der Heizkostenabrechnung. Damit Wohnen wieder bezahlbar wird!

China wohin?

Andreas W. Zu René Streichs und Volker Külows Beiträgen zur VR China

In beiden Beiträgen zum Verhältnis des Westens zur VR China findet sich meiner Meinung nach sowohl Richtiges als auch Falsches.

Aus meiner Sicht ist Volker Külow dahingehend zuzustimmen, dass das Agieren Chinas nach mehr politischem und wirtschaftlichem Einfluss in der Welt in den westlichen Medien überzeichnet wird, vermutlich auch aus dem Blickwinkel spiegelbildlicher westlicher imperialer Interessen. Dennoch zeichnet sich auch die Politik der VR China gegenüber Hongkong oder Taiwan durch eine Politik der Nadelstiche und entsprechender Aktionen und Reaktionen der USA aus, die – ähnlich der Auseinandersetzungen zwischen dem Westen und Russland in der Ost-Ukraine – eines Tages militärisch eskalieren könnten. Die militärische Aufrüstung der USA von Taiwan ist das eine, die Nadelstichpolitik von Peking gegenüber Taiwan das andere – vor einer „Vereinigung“ müssten die Einwohner Taiwans ja auch mal nach ihrer Meinung befragt werden.

Die VR China hat durch eine kluge Einbeziehung marktwirtschaftlicher Elemente in das Staatssystem durchaus Fortschritte in wirtschaftlichen Fragen und in der Bekämpfung des Hungers im Land gemacht. Es wurden weltmarktfähige Produkte, Innovationen und Entwicklungen der Infrastruktur, von denen die Welt nur träumen kann. Dennoch hat sich im Laufe der Zeit der zunächst auch von mir befürwortete Ansatz einer sozialistischen Marktwirtschaft in eine Richtung verschoben, den man Staatskapitalismus nennen kann. Die Gleichgewichte zwischen (privat oder indirekt staatlich kontrolliertem) Kapital, Arbeit und Staat haben sich zugunsten des Kapitals verschoben, die größten Kapitalbesitzer z.B. an Immobilien sind teils KP-Mitglieder. Und die hervorragenden Leistungen in der Infrastruktur wurden sicher nicht nur durch sinnvolle Anreize wie Prämien und Lohndifferenzierung erzielt, sondern auch durch die Ausbeutung der Arbeitnehmer durch den Staat durch niedrige Löhne, ähnlich wie in Russland, Kasachstan oder Turkmenistan auch. Hier sind nachsteuernde Korrekturen zur Bekämpfung der Armut im Land, der Umverteilung notwendig, über die – wenngleich nur ansatzweise – in politischen Kreisen der VR China ja auch diskutiert wird. Jedenfalls sind die Ungleichheiten in den Vermögen und zwischen Bürgern im

Markt-Leninismus Chinas wohl eher gestiegen als etwa in Vietnam, wo man noch eher von einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ sprechen kann als in der VR China. Von der Bildung freier Gewerkschaften dürfte man in Peking auch noch wenig gehört haben. Schwieriger ist die Menschenrechtssituation im Land, der Umgang mit den Uiguren im Land, zunehmende Überwachung und Menschenrechtsverletzungen, die über jene der USA und der westlichen Welt hinausgehen. Die demokratische Mitsprache in China ist stark eingeschränkt, mag es an Universitäten und anderen Hochschulen auch Debatten über den künftigen Kurs geben, und das Menschenrechtsverständnis befindet sich, wenn überhaupt, noch am Anfang. Wobei sicher ist, dass der Westen manches, was den Alltag betrifft, überzeichnet. Oligarchensysteme gibt es nicht nur in Russland oder (abgeschwächt) in China, wo von oben herab ungefragt Entscheidungen beschlossen und durchgesetzt werden, sondern genauso in den USA und (wesentlich abgeschwächter) auch in Westeuropa, direkte Demokratie weder hier wie dort.

Aus meiner Sicht sollte – bei aller Solidarität mit der Bevölkerung in China und den dortigen sozialen Leistungen dort – weder unser Platz auf der Seite des „Westens“ gegen China noch auf der Seite Chinas gegen den „Westen“ sein, egal ob aus linksgrüner oder altmarxistischer Diktion. Sondern wir sollten uns für ein friedliches Miteinander, Abrüstung und zivile, nicht-militärische Lösungen, egal ob in Taiwan oder der Ost-Ukraine, einsetzen. Dazu ist weder die Diktion von Außenministerin Baerbock, Exminister Gabriel u.a. hilfreich, wonach der freie Westen gegen das unfreie China oder das unfreie Russland kämpft – auch wenn man damit eher in eine deutsche Bundesregierung hineinkäme, noch die altlinke Diktion, das sozialistische China wehre sich gegen den imperialistischen Westen. Im Verhältnis zwischen China (oder Russland) und den USA handelt es sich um kultur- und politikgeschichtlich unterschiedlich geprägte Machtssysteme ähnlicher Art, die teilweise spiegelbildlich um Macht und Einfluss streben, in der Region und weltweit. Allein schon deshalb ist es aberwitzig, wenn westliche Politiker mit der antirussischen und antichinesischen Karte spielen und beide Länder verteufeln, womit politische Konflikte nur weiter angeheizt

werden, statt nach Kompromisslösungen, die für alle Seiten akzeptabel sind, zu suchen.

Ähnliches kann man auch zum Verhältnis Russland/USA sagen. Hier den Westen und die Bundesregierung an verbalen Entgleisungen und Zuspitzungen zu hindern, auch auf russische/chinesische Seele, Interessen und Besonderheiten hinzuweisen, ist sicher richtig – das innenpolitische Konzept der Regierungen Russlands und Chinas als recht fortschrittlich zu bezeichnen, wäre sicher falsch. Etwas anderes ist es, vor dem Hintergrund z.B. auf russische/chinesische Befindlichkeiten die westliche Sicht auf die Ukraine/auf Taiwan nicht 1:1 zu übernehmen. Anstatt dessen sollten wir uns – auch als Dank für das Engagement der Völker der ehemaligen SU beim Sieg über den Hitlerfaschismus – für eine friedliche Koexistenz mit Russland und China ebenso einsetzen wie für besondere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu den Menschen in Russland und Osteuropa.

Für die Betrachtung Chinas taugen aus meiner Sicht weder die westliche Sicht der Verkürzung auf politische Menschenrechte (statt politische und soziale Menschenrechte) und „Menschenrechtsinterventionismus“ noch das Herunterrechnen von Menschenrechtsverletzungen in einem vermeintlichen internationalen (Klassen-) Kampf der Systeme.

Aber Vorbilder für ein emanzipatorisches Politikmodell sind beide Staaten sicher nicht – auch wenn sich Deutschland sicher mehr um Zusammenarbeit und Verständnis z.B. im Rahmen des Petersburger Dialogs bemühen sollte, als es die Bundesregierung gegenwärtig tut.

Jedenfalls fehlen in Russland und China jene Ansätze völlig, wie sie übrigens auch in den USA und Europa schwach ausgeprägt sind: Menschen in aktive Entscheidungen zur Frage einbeziehen, welche Maßnahmen die nächsten Schritte sind, um in einer (sozialistischen) Marktwirtschaft sowohl soziale und ökologische Verbesserungen zu erreichen als auch Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu verbessern. Oder mit einem alten Sprichwort von DDR-Zeiten zu enden: Im Kapitalismus gibt es die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, im (Staats-)Sozialismus ist es umgekehrt.



Olympiabewerbung zahlt sich bis heute aus

Siegfried Schlegel Ende vergangenen Jahres wurde nach der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses und Koalitionsverhandlungen auch über die Verteilung der Ressorts in der Landesregierung diskutiert. In der Koalition unter Beteiligung der Partei DIE LINKE zwischen 2016 und 2021 stellte die Linkspartei zunächst mit Dr. Kathrin Lompscher die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen. Ihr folgte im August 2020 Sebastian Scheel. Er engagierte sich schon früh politisch, so im Landesschülerrat und während des Studiums in der Studierendenvertretung. Er trat 1995 in die PDS ein und sammelte von 1999 bis 2004 neben seinem Studium als Stadtrat und Fachmann für Finanzen unserer Stadtratsfraktion Leipzig erste vielfältige parlamentarische Erfahrungen. Von 2001 bis 2003 war er Mitglied im Stadtvorstand der PDS Leipzig. 2003 wurde er Mitglied des Landesvorstandes und war von 2005 bis 2011 stellvertretender Vorsitzender unseres Landesverbands. 2004 bis 2017 war er Abgeordneter des Sächsischen Landtags. Vom 14. Februar 2017 bis zum 20. August 2020 war er Staatssekretär für Wohnen in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin. 1921 gewann er ein Mandat im Abgeordnetenhaus, das er im Dezember des gleichen Jahres niederlegte und nahm eine Tätigkeit in der Bundestagsfraktion auf. In dieser Zeit wurde die Debatte um die Besetzung für das von der SPD beanspruchte Ressort Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen geführt. Seit 21. Dezember ist Andreas Geisel (SPD) der Senator, der das Ressort schon von 2014 bis 2016 leitete. In der öf-

fentlichen Debatte Ende 2021 forderten Experten dafür eine integrative Persönlichkeit. In dieser Debatte wurde auch die Personale Dr. Engelbert Lütke-Daldrup in einem Artikel im Neue Deutschland am 15. Dezember diskutiert. In dem Artikel wurde auf seine Tätigkeit im Berliner Senat bis 1995 sowie 2006 bis 2009 als beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter Minister Wolfgang Tiefensee in der Bundesregierung von Gerhard Schröder hingewiesen. 2014 - 2017 war er Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und später im Geschäftsbereich des Regierenden Bürgermeisters für Strategien und Flughafenpolitik. Von März 2017 bis Ende September 2021 verantwortete er als Vorsitzender der Geschäftsführung die erfolgreiche Fertigstellung des Flughafens Berlin Brandenburg. Leider wird die Tätigkeit von Dr. Engelbert Lütke-Daldrup als gewählter Dezernent/Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bau in Leipzig von 1995 bis 2006 unpräzise dargestellt.

Lütke-Daldrup hatte in den Stadtumbaudebatten den Begriff der „perforierten Stadt“ vor dem Hintergrund geprägt, dass die Strategie der sächsischen Stadtbaupolitik die „Schrumpfung von den Rändern“ ein gewolltes Ausspielen der von Altbau geprägten Innenstädte mit den nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Großwohnsiedlungen war. Von interessierten Gruppen war auch in Leipzig gewollt, alte „Bruchbuden“ - in Sachsen „Hornzschen“ genannt - zwingend

zu erhalten. Es dürfte zu denken geben, dass Leipzig mit ca. 40 % der Einwohner 14.000 Baudenkmale gegenüber München mit 6.800 mehr als doppelt so viele hat. Zu einem drastischen Rückgang der Einwohnerzahl um 100.000 Einwohner kam es in Leipzig zwischen 1990 und 1998 durch Umzug ins Umland und in andere Regionen sowie ein Geburtendefizit auf 437.000. Im Dialog von Verwaltung und Stadtrat mit der Bürgerschaft wurde die von der PDS entwickelte Idee des „Schrumpfens nach urbanen Kernen“ die gesamtstädtische Strategie beim Stadtbau, der als Erneuerung aufgefasst wurde. Dadurch konnten Stadtteilzentren und die Infrastruktur sowie attraktive Wohnlagen erhalten werden. Dass es zum Abriss zahlreicher Gebäude mit tausenden intakten in industriellen Bauweisen errichteter Wohnungen in Leipzig kam, ist auch der verfehlten Wohnungs- und Förderpolitik von Bund und Sachsen geschuldet. Das von Leipzig vorgeschlagene „Einmotten“ von Wohngebäuden oder Teilrückbau im Zuge anstehender Wohngebäudesanierungen wurde als nicht förderfähig angesehen und sollte auch nicht zur Altschuldenentlastung führen. Die LWB trug die Hauptlast beim Stadtbau besonders in Grünau. Die Einwohnerzahl stabilisierte sich Anfang der 2000er Jahre und nach 2005 gab es wieder Bevölkerungswachstum auf über 600.000 bis 2020. Durch Anträge der Linksfraktion reagierte Leipzig jeweils mit der Fortschreibung der Wohnungspolitischen Konzepte. Vernünftigerweise hatten die kommunale Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im Dezember 2021 und Januar 2022

Stadtratsnotizen

Robert-Koch-Klinik und Park in Verantwortung der Nutzer

Im Rahmen der neuen Nutzungsstrukturierung gehen gemäß Stadtratsbeschluss Gebäude und zugehörige Grünflächen in die unmittelbare Verantwortung der jeweiligen Nutzer über. Da die ehemalige Robert-Koch-Spezialklinik für Lungenkrankheiten aus den 1960-er nach Sanierung 2000 vom Städtischen Klinikum Sankt Georg übernommen wurde, waren die Klinikgebäude und der Park nahezu vollständig im Eigentum des städtischen Eigenbetriebs und wurden von diesem unterhalten. Das auf dem Areal befindliche Parks Schloss – auch Sack’sche Villa genannt – wurde seit den 1970-er Jahren als Weiterbildungsstätte und seit 1984, wie auch Teile des Parks öffentlich genutzt. Parkbereiche werden zukünftig vom Amt für Stadtgrün und Gewässer unterhalten. Das

Gebäude in der Nikolai-Rumjanzew-Str. dient der Inobhutnahme von Kindern bis 12 Jahre. Der Freie Träger „Haus Steinstraße e.V. will dauerhaft soziokulturelle Angebote für den Stadtbezirk West organisieren. Ein Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne und SPD unterstützt die Wichtigkeit der zügigen Umsetzung. Dafür werden die Häuser 5 + 6 barrierefrei gestaltet und brandschutztechnisch ertüchtigt.

Wohngebiet Alte Sternburg-Brauerei Lützschena-Stahmeln

Der Stadtrat beschloss eine Änderung des gesamtstädtischen Flächennutzungsplanes für das Gewerbegebiet der ehemaligen Sternburg-Brauerei im Ortsteil Lützschena-Stahmeln als vorbereitende Bauleitplanung. Das ist Voraussetzung für den am gleichen Tag gebilligten Entwurf des Bebauungsplan Nr. 445 „Wohnquartier Zur Alten Brauerei“ und der beschlossenen Auslegung und öffentlichen Beteiligung. In einem städtebau-

lichen Gutachterverfahren 2019, bei der der Autor den Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau vertrat, waren die städtebaulichen Strukturen des Quartiers mit Wohngebäuden mit Nachnutzung denkmalgeschützter Baustrukturen, einer Kindertagesstätte, ein Nahversorgungsmarkt mit ergänzenden Dienstleistungsangeboten erarbeitet worden.

Stadtrat intensiver bei Planungen einbeziehen

Die Vorlagen der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse für den Nahlesteig im Zuge des Heuwegs sowie für einen Ersatzneubau der Kita Friedrichshafener Straße offenbarte, die Notwendigkeit den Stadtrat mit seinen Gremien frühzeitig vor der Planungsbeschlussfassung intensiver einzubeziehen. So beschloss die Stadtratsmehrheit entgegen der Bauvorlage die kombinierte Fußgänger- und Fahrradbrücke Nahlesteig wegen der Verkehrsbelegung 5 statt 4 m

sowie die Wohnungsbau-Genossenschaften ihre Abrissgrundstücke behalten. Nunmehr können sie diese schrittweise neu bebauen. Mit den im ND-Artikel erwähnten Cross-Border-Leasing-Geschäften gewissenloser Geschäftsführer städtischer Unternehmen am Stadtrat vorbei hatte Bürgermeister Lütke-Daldrup nichts zu tun. Ebenso ist völlig unklar, was diese Geschäfte mit Leipzigs Olympia-Bewerbung für 2012 zu tun haben. Dass Leipzig 2012 nicht die Olympischen Spiele ausrichtete, lag nicht an der Qualität der Bewerbung oder der Olympiaplanungen. Vielmehr konnte Leipzig unmittelbar und vor allem nachhaltig von dieser Bewerbung und diesen Planungen bis heute profitieren und wird dies auch in Zukunft können. So wurden die Planungen für mehrere Stadtquartiere und Projekte über die Olympiäförderer finanziert. Mehrere Projekte erhielten beim Bau durch direkte Förderung den nötigen Schub. Beispiele sind der Leipziger City-Eisenbahntunnel oder die für internationale Leichtathletik-Hallenwettbewerbe konzipierte Arena-Halle in Nachbarschaft der Fußball-Arena. Ob der Größe hat sie auch für Kulturveranstaltungen überregionale Bedeutung. Im Zusammenhang mit der Bewerbung Deutschlands als Ausrichter einer Fußball-Weltmeisterschaft wurden bereits 2000 die Weichen für die Erneuerung des ehemaligen Zentralstadions als Fußballstadion gestellt - der heutigen Red-Bull-Arena. Für den Olympiapark östlich und westlich des optional für Ruderwettkämpfe vorgesehenen Elsterflutbettes wäre auch ein neues Olympiastadion mit temporären Tribünen

am Cottaweg, eine Halle für die Olympiaschwimmwettkämpfe und späterer dauerhafte Nutzung für Leichtathletik gebaut sowie der Schützenhof modernisiert worden. Das als Olympisches Dorf und anschließend als Wohnquartier geplante Areal des „Lindenauer Hafens“ hat Gestalt angenommen. Am Konzept eines Grünzugs im westlichen Teils des Olympischen Dorfs, der im Falle der Spiele nur temporär bebaut worden wäre, wird festgehalten. Auf dem historischen Messegelände in der Nähe des Völkerschlachtdenkmal wurden mehr Messehallen erhalten, als ursprünglich vorgesehen, weil sich Nachnutzungen gefunden haben. Die Alte Messe entwickelt sich nunmehr als ein Stadtquartier, das großflächige Zentrumsnutzungen aufnimmt, wofür das historische Stadtzentrum zu klein ist. Die Hallen der Neuen Messe im Norden werden wie geplant seit 1996 für Messen, Ausstellungen oder Kongresse genutzt. Die gefluteten Braunkohlentagebaue südlich von Leipzig - das Neuseenland - waren auch für einige Wassersportarten für Olympia konzipiert. Hafenanlagen und die Wildwasserrennstrecke am Markkleeberger See sind seit Jahren auch für den Freizeitsport in Betrieb. Mit Fördermitteln der Olympiabewerbung wurden das markante 90 m hohe und 1972 übergebene Wohnhochhaus Wintergartenstraße sowie Wohngebäude aus den 1950er Jahre im Ranstädter Steinweg saniert. Diese sollten neben Hotels und Internaten in Leipzig und Halle als Olympia-Beherbergungsstätten genutzt werden. Dafür sollten auch leer stehende Wohngebäude saniert werden.

Städtebauliche Vorplanungen gab es für Standorte des Presse- und TV-Zentrums auf dem Wilhelm Leuschner-Platz und östlich des Hauptbahnhofs. Tenniswettbewerbe sollten auf dem Agra-Gelände, Segelwettbewerbe in Rostock und Reitwettbewerbe in Moritzburg bei Dresden stattfinden.

Wenn die EU-Bauminister nicht davon überzeugt gewesen wären, dass Leipzig bei der Stadtentwicklung und Erneuerung vieles richtig gemacht hatte, hätte das Strategiepapier zur Entwicklung der europäischen Stadt nicht 2007 die Bezeichnung „Leipzig-Charta“ erhalten. Erst recht hätte die Fortschreibung 2020 nicht erneut die gleiche Bezeichnung erhalten.

Gab es am Anfangs Zweifel, dass es Dr. Engelbert Lütke-Daldrup als Flughafenchef gelingt, den neuen BER-Flughafen in Berlin fertigzustellen, so war denjenigen klar, die mit ihm in der Leipziger Zeit zu tun hatten - wenn es einer schafft, dann er. Zur Lebenswirklichkeit gehört, dass Leistungen oder auch Fehlleistungen von Bauleuten auch nach Jahrzehnten sichtbar und erlebbar sind. Aufgrund oft langer Planungsvorläufe und Realisierungszeiten ist es nicht ungewöhnlich, dass viele Akteure bei Fertigstellung von Bauvorhaben bereits andere Projekte und Aufgaben übernommen haben. Gern kann man sich in Leipzig vor Ort überzeugen.

breit zu bauen. Trotzdem eine typengleiche Kinderkombination, die zur gleichen Zeit in unmittelbarer Nachbarschaft gebaut worden war und bereits saniert modernisiert und zu einem Behindertenheim umgebaut wurde soll die „desolate“ Kita Friedrichshafener Str. 147 abgerissen und durch einen Neubau mit 235 statt bisher 270 Plätzen ersetzt werden. Da der Rohbau rund 40% der 8,8 Mio. Euro Gesamtkosten betragen, ist nicht nachvollziehbar, dass eine 3 Mio. Euro preisgünstigere Nachnutzung der vorhandenen Rohbaustruktur teurer als ein Ersatzneubau sein soll. Die Linksfraktion hatte die Nachnutzung beantragt. Gesichtswahrend beschloss der Stadtrat mehrheitlich den Neubau sowie eine Prüfung zur Nachnutzung des vorhandenen Kita-Baus.

Anträge beschlossen

Nach intensiver Diskussion wurde der SPD-Antrag beschlossen im Rahmen eines Modellversuches die kostenfreie Mitnah-

me von Fahrrädern an Wochenenden nach Schul- und Ferienzeiten bei Bevorzugung der Mitnahme von Kinderwagen und Rollstühlen zu erproben. Beschlossen wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Evaluation der Fachkräfteallianz. Vor dem Hintergrund des anstehenden Strukturwandels sollen Fachkräfte für spezielle wissenschafts- und technologiebasierte Bereiche in der Region gewonnen bzw. qualifiziert werden. Beschlossen wurde auch ein Antrag des Migrantebeirats, für eine Pilotstudie zur Rolle von Diversität in städtischen Eigenbetrieben und Kultureinrichtungen. Für die Kultureinrichtungen soll ein Konzept zur interkulturellen Öffnung erarbeitet werden.

Abgelehnt wurde leider ein Antrag von StadträtInnen der Linke zur Verbesserung der Verkehrssicherheit eines Abschnitts der Bornaischen Straße und Halteverbot in der Raschwitz Straße in Löbnig. Die Straßenverkehrsbehörde hatte dies abgelehnt, ohne die Nichtzulässigkeit zu begründen.

Letzter Tagebau wird Pereser See

Ein beschlossener Antrag der LINKEN ohne Gegenstimmen bei 11 Enthaltungen beauftragt den OBM und die Stadtratsvertreter im Regionalen Planungsverband sich dafür einzusetzen, dass durch hydrologische und hydrogeologische Gutachten untersetzt, der letzte noch in Betrieb befindliche Tagebau Schleenhain nach der Stilllegung zum künftigen Pereser See so geflutet wird, dass es nicht zu ökologischen Schäden im Leipziger Auenwald kommt. Die neu im Südraum entstandenen Tagebaueen konnten bisher in der Hälfte der Zeit geflutet werden, weil diese auch über die stillgelegten Entwässerungsleitungen rückwärts aus den noch in Betrieb befindlichen Tagebauen mit Pumpwasser gespeist wurden. Verhindert werden sollen auch Tagebaurutschungen der Uferböschungen durch Bodenverflüssigung (sächsisch: Mumpen) infolge Porenwasserüberdrucks.

Lüpertz in Leipzig: (k)eine Liebe?

Daniel Merbitz Kritikers Notizbuch

Seit Dezember 2015 stand die Beethoven-Skulptur von Markus Lüpertz vor dem Hauptingang des Museums der bildenden Künste in der Leipziger Katharinenstraße. Mit großem Bahnhof wurde der 274 Zentimeter hohe Bronzeguss unter Anwesenheit des Künstlers damals eingeweiht. Sowohl Max Klinger als auch Markus Lüpertz setzen sich mit dem Genie Beethoven auseinander. Max Klinger (1857 – 1920): Wuchtig als Gesamtkunstwerk im Museumsbau. Markus Lüpertz (geb. 1941): Mit der farbigen Skulptur vor dem Gebäude.

Die Lüpertz-Skulptur wurde vom damaligen Museumsdirektor Hans-Werner Schmidt nach Leipzig geholt. Sie zeigt im besten Sinne, was Kunst kann: Zur Diskussion anregen, polarisieren und zur schönen Gewohnheit werden, gepaart mit Bürgerstolz und wohltemperierter Abneigung. Eigentlich perfekt. Bürokratische Sandbänke und Felsen wurden dafür umschifft: eine Feuerwehrezufahrt, ein Grundstück, welches der Stadt und nicht dem Museum gehört, ein Leihvertrag. Hans-Werner Schmidt kümmerte sich, bis hin zu einem Bewilligungsverfahren für die Aufstellung an dieser brisanten Stelle.

Nun wurde das Kunstwerk von Markus Lüpertz im November 2021 abgebaut und seit Anfang Dezember 2021 durch eine Arbeit von Stella Hamberg ersetzt: „Das ist das“ (2015, Bronze, patiniert). Diese neue Skulptur erinnert an einen gigantischen Hai, dessen Gebiss auf einem Sockel präsentiert wird. Die Arbeit ist Teil der Werkreihe Neutron, für die Stella Hamberg ihren Bezugs- bzw. Ausgangspunkt in Naturformen nimmt. Stella Hamberg, Jahrgang 1975 studierte Bildhauerei an der Hochschule für bildende Künste Dresden und war bis 2006 Meisterschülerin von Prof. Martin Hornert. Sie lebt und arbeitet derzeit in Berlin. „Mit dem Wechsel verbindet sich natürlich auch etwas Neues, nämlich die Präsentation einer jungen Bildhauerin aus Mitteldeutschland“, erläutert Stefan Weppelmann, Direktor des Museums der bildenden Künste Leipzig. „Der Beethoven von Lüpertz ist ein ikonisches Werk, keine Frage, deswegen hatten wir ihn ja über fünf Jahre, nun ist mal eine jüngere Arbeit dran und 2024 ändert sich das dann wieder.“

Neues ist gut und richtig und wichtig: Dennoch darf man die Frage stellen, warum so ein hochkarätiges Kunstwerk von Markus Lüpertz aus dem öffentlichen Raum verschwindet? Die Antwort ist banal: Es ist keine böse Absicht, auch kein Einknicken vor den Kritikerinnen und Kritikern der Lüpertzschen Bronzeorgie, es ist schlicht der Leihvertrag, der nach fünf Jahren ausgelaufen ist. Stefan Weppelmann betont daher sorgsam: „Nicht aus künstlerischen Gründen, nicht aus Pu-

blikumsgründen wurde der Lüpertz abgebaut.“ Der Museumsdirektor hätte diese großformatige Skulptur gerne gehabt, leider standen dem die Themen Ankaufsetat und Platz im Magazin im Weg. Das Museum der bildenden Künste hatte daher nicht vor, die Skulptur von der Galerie zu erwerben. „Wenn jemand für Leipzig diese Skulptur sichern möchte, dann ist sie in der Galerie erwerbbar“, so der Museumsdirektor Stefan Weppelmann. Er schränkte aber auch gleich ein: Im Museum ist kein Platz.

Aber vielleicht gibt es irgendwo in Leipzig jemanden, der diese Lüpertz-Skulptur haben möchte und auch eine Idee für deren öffentliche Präsentation hat. Nötiges „Kleingeld“ vorausgesetzt.

Es gibt aber auch Trost: Im Bestand des Museums gibt es ein großformatiges Gemälde von Markus Lüpertz.

Ich meine zur Causa Lüpertz: Vielleicht hätte es irgendwo einen Hauch einer Chance geben können, dieses Skulptur für Leipzig zu sichern. Man kann die Arbeiten von Markus Lüpertz lieben oder nicht lieben, sie bewundern oder sich an ihnen reiben oder sie schlicht nicht mögen. Aber so einfach ist das Leben leider manchmal: Der Leihvertrag ist ausgelaufen. Und weder Etat noch Platz im Museum. Und es gibt zurzeit viel größere Probleme: Wie bewältigen die Kultureinrichtungen die Pandemie und ihre Folgen? Trotzdem schade, irgendwie.

Markus Lüpertz und seine Beethoven-Skulptur bei der Einweihung am 18. Dezember 2015 vor dem Museum der bildenden Künste in Leipzig.

Foto: Daniel Merbitz

Markus Lüpertz im Museum der bildenden Künste in Leipzig (2015).

Foto: Daniel Merbitz



Was wir wollen

Lavinia Hudson Lyrikzeitschrift „Poesiealbum neu“

Die aktuelle Ausgabe der legendären Lyrikzeitschrift „Poesiealbum neu“ ist zugleich die Letzte. Doch bevor das Requiem erklingt, muss dieser neue Band mit dem Untertitel: „Was wir wollen“ gewürdigt werden. Warum kann ich dieses „Poesiealbum neu“ zur Lektüre empfehlen?

Das „Poesiealbum neu“ erscheint als Zeitschrift der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik und wird seit Frühjahr 2007 von Ralph Grüneberger herausgegeben. Das Erscheinungsbild der Hefte lehnt sich an die traditionsreiche Lyrikreihe „Poesiealbum“ aus dem Verlag Neues Leben Berlin an, die dieser von 1967–1990 veröffentlicht hat. Ebenfalls im Jahr 2007 erlebte diese Lyrikreihe eine zweite Wiedergeburt: im Märkischen Verlag in Wilhelmshorst mit dem Begründer der Reihe Bernd Jentzsch unter dem alten Namen „Poesiealbum“. Das „Poesiealbum neu“ knüpft konzeptionell an die Sonderhefte der DDR-Lyrikreihe an, die nicht wie die regulären Hefte einer einzelnen Autorin oder einem einzelnen Autor, sondern in anthologischer Weise der Vorstellung von Teilnehmerinnen und Teilnehmer des alljährlichen Zentralen Poetenseminars der FDJ in Schwerin gewidmet waren.

Wie bei allen Ausgaben vom „Poesiealbum neu“ üblich, gibt es auf dem Titelbild ein Kunstwerk einer bekannten Künstlerin oder bekannten Künstlers zu sehen. Diesmal ein Gemälde des Leipziger Künstlers Mathias Perlet. Der aktuelle Band vereint Gedichte von 102 deutschsprachigen Autorinnen und Autoren aus Deutschland, Österreich, Schweiz und Frankreich.

Diese Ausgabe befasst sich mit unseren Wünschen, unseren Sehnsüchten, in schwierigen Zeiten und für danach. Der berühmte Lyriker Peter Gosse fragt nach dem großen Ganzen, melancholisch und voller Lebenssehnsucht. Franziska Beyer-Lallaurret, eine in Frankreich lebende Lyrikerin mit sächsischen Wurzeln, fragt in „Echte Braut“ nach den dunklen Sonnen in uns, von dem Sommer mit „den Ostklammotten“ und dem amourösen Rätsel zwischen zwei Menschen.

Ralph Grüneberger verortet sein Gedicht mental in München, genauer gesagt im intellektuellen und künstlerischen Schmelztiegel namens Schwabing. Das Gedicht „Die Türkenstraße, München-Schwabing, 1911“ bezieht sich auf die Autobiographie „Gelächter von Außen“ von Oskar Maria Graf und reflektiert die Reaktionen auf die neue Kunst der „Blauen Reiter“ Wassily Kandinsky und Franc Marc.

Das Gedicht „Beim Frühstück“ von Renate Maria Riehemann bringt uns an den morgendlichen Tisch, man glaubt kurz an die Kraft des Wünschens, an die Sonne, an das Glück.

Ralph Schüller, seit Herbst 2021 Vorsitzender der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik, thematisiert in seinem Gedicht „So nah an neuer Zeit“ die Vergänglichkeit der Augenblicke, vom Sputnik ohne Spur bis zum Schichtbus in der Nacht, dazu Brot und Schnaps. Ein filigraner, die Fantasie beflügelnder Text. Ulla Hahn, Grande Dame der Lyrik und eine der wichtigsten zeitgenössischen Stimmen, besingt heiter den Feierabend, mit Mars und Venus und offenem Fenster.

Eine kurzweilige Reise zu unseren Wünschen, Gründen und Abgründen. Laut und leise. Heiter und traurig. Das „Poesiealbum neu“ kann ich daher ausdrücklich empfehlen, um in andere Welten abzutauchen und sich verzaubern zu lassen.

Und nun das Requiem: Eine traurige Zustandsbeschreibung der Literaturförderung

in Sachsen liefert das Schlusswort von Ralph Grüneberger, Schriftsteller und langjähriger Vorsitzender (und seit 20. Oktober 2021 Ehrenvorsitzender) der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik e.V. (GZL):

„Ich beende nach 15 Jahren die Herausgabe des ‚Poesiealbum neu‘. Die Zeitschrift in ihrer jetzigen Form schließt mit dieser Ausgabe und hinterlässt einen reichen Fundus aus lesenswerter Lyrik...Allein Selbstaubeutung hat die Zeitschrift in ihrer Existenz so stabil werden lassen. [...] Ich habe es schon oft beklagt und spreche es an dieser Stelle aus ein letztes Mal aus, dass unsere Zeitschrift nicht zu denen gehörte, die von der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen Förderung für Redaktion, Herstellung und Honorare erfahren haben, obgleich diese – im Gegensatz zu all den seit Jahrzehnten geförderten literarischen Journalen – mit ihrer Fokussierung auf das zeitgenössische Gedicht zu den am wenigstens verkäuflichen Printmedien zählte. Schwerer aber als die Nicht-Förderung und Nicht-Würdigung durch die Entscheidungsträger der Kultur-

stiftung Sachsen wiegt für mich die völlige Missachtung unserer auf vielfältige Weise erbrachten Leistung durch die Verantwortlichen in den (Groß-)Stadt- und Universitätsbibliotheken im deutschen Sprachraum. Es bestand in all der Zeit einfach kein Interesse daran, das ‚Poesiealbum neu‘ in den regulären Bestand aufzunehmen, wobei das Abonnement über viele Jahre – inklusive Versand – 10,80 Euro p.a. betrug, ehe es aufgrund des erhöhten Portos ab 1.1.2020 für Bibliotheken den weiterhin ermäßigten Jahrespreis von 14,40 Euro für zwei Ausgaben erreichte. All das ist nicht ermutigend und widerspricht dem Begriff von Deutschland als vermeintliches Land der Dichter und Denker.“

Dies trübt den Genuss und macht sehr wütend. Das Ende dieses legendären Lyrik-Projekts ist zugleich ein Armutszeugnis der Kulturförderung in Sachsen.

① Poesiealbum neu „Was wir wollen“, Ausgabe 2/2021, Edition Kunst & Dichtung, Zeitschrift der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik e.V., Leipzig, 2021, 84 Seiten, Broschur, 6,90 Euro
Bestellungen per E-Mail an: kontakt@lyrikgesellschaft.de

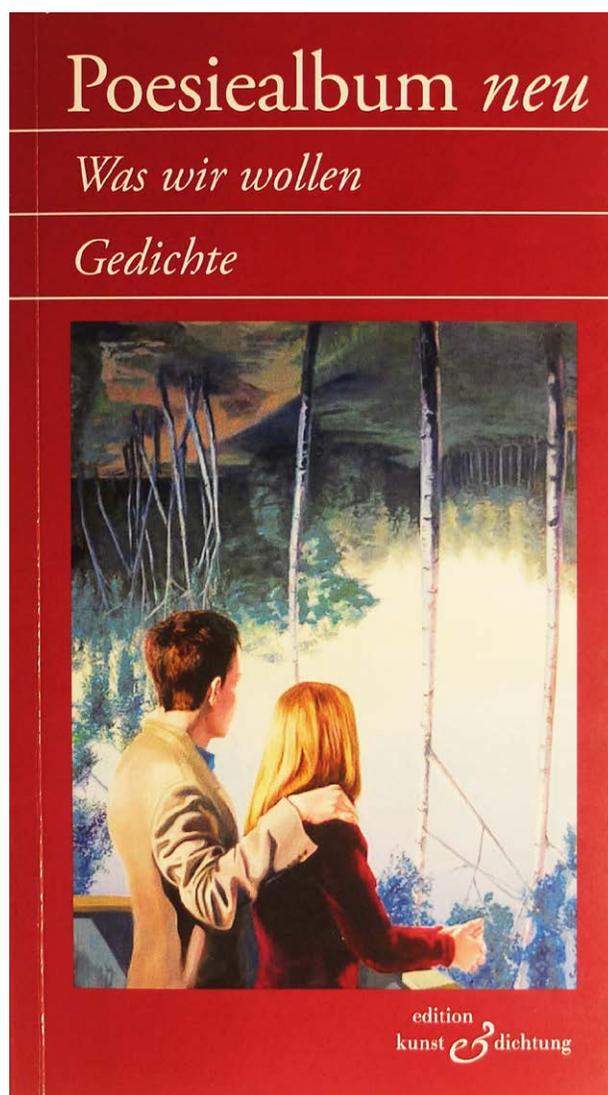


Foto: Repro



Foto: Kay Kamieth

Liebknecht-Haus zeigt die fünf Luxemburgs

Volker Külow Wie alljährlich ehrte auch am 15. Januar 2022 die Leipziger LINKE Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg anlässlich des Jahrestages ihrer Ermordung im Jahr 1919. Auf dem Pro-gramm stand nach den engagierten Reden von Susanne Scheide-reiter und Liliana Osario De Rosen vor dem Liebknecht-Haus die Eröffnung der neuen Ausstellung „In Rosas Schatten“. Das Projekt entstand im Zusammenwirken mit dem Warschauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stif-tung und dem Förderverein Felsenkeller e.V. Die Ausstellung aus 11 großformatigen Tafeln ist in besonderer Weise Rosa Luxem-burgs Geschwistern gewidmet. Mikołaj, Anna, Maxymilian und Józef kamen alle-samt wie sie selbst in Zamość zur Welt. Ein aufmerksamer Blick in die erhalten ge-bliebener Briefe Rosa Luxemburgs verrät schnell, wie eng die Beziehungen zu den älteren Brüdern und der Schwester zeitlebens geblieben waren. Eingebettet wird der Blick zurück auf Rosas Ge-schwister in den Kontext geschichtlicher Ereignisse, ohne die eine Familiengeschichte gar nicht mehr zu begreifen ist. So wird in der Ausstellung deutlich, wie sehr Rosa Luxemburgs Familie mit dem Schicksal der polnischen Juden im 20. Jahrhundert verknüpft gewesen ist. Da-bei werden auch viele Umstände erhellt, die bislang im Dunklen geblieben sind. Die Ausstellung wurde zum 150. Geburts-tag Rosa Luxemburgs mit großem Erfolg

erstmals vom Juli bis Dezember 2021 in der Synagoge in der Geburtsstadt Zamość gezeigt. Viele der 15.000 Besucherinnen und Besucher sagt der Historiker Holger Politt seien „erstmals mit Rosa Luxemburg in Berührung gekommen.“ Zusammen mit seinem polnischen Kollegen Krystof Pilawski hatte Politt das Material für die Ausstellung zusammengetragen. Ausgangs-punkt ihrer Recherche war der skandalöse Umstand, dass in Rosa Luxemburgs Geburtsort seit 2018 nichts mehr an die berühmteste Tochter der Stadt und ihre Angehörigen erinnerte. Die polnische Regierung ließ in ihrem anti-kommunistischen Furor eine im Jahr 1979 ange-brachte Gedenktafel entfernen. Politt versuchte das wertvolle Erinnerungsstück zu erwerben – vergeblich.

Die Auslöschung der sichtbaren Erinnerung an Rosa Luxemburg wurde für Politt und Pilwski zugleich der Beginn einer intensiven Beschäftigung mit ihrer Familiengeschichte, die 2020 in dem Buch „Rosa Luxemburg: Spurensuche“ mündete. Die Herausgeber zeigen hier erst-mals in zusammenhängen-der Form vieles von dem, was in Archiven, Dokumenten sowie im öffentlichen Raum in Polen und in Nachbarländern an Spuren jener Familie noch vorhanden ist, in der Rosa Luxemburg aufgewachsen war und mit der sie zeitlebens engen Kontakt hielt. Dabei wurden auch Umstände erhellt, die bislang im Dunkeln geblieben sind.

Mit dem Buch und jetzt der Ausstellung wird auch die „polnische Seite“ Rosa Luxemburgs deutlicher. Denn bislang ist ihre frühe Le-bens- und Familiengeschichte zu wenig be-kannt, wie sie sich jetzt dank der Ausstellung zumindest ein wenig besser erschließen lässt. Sie gibt Einblicke in eine Familie, in der die fünf Kinder eine umfassende Bildung erhielten; in der polnisch die erste Sprache war, mit der Mutter indes auch Deutsch ge-sprochen wurde, Rus-sisch den Schulaaltag prägte, Französisch unter den Geschwistern gepflegt und Hebräisch gelesen wurde. Die Schau zeigt auch, wie eng die Geschwis-ter zeitlebens miteinander verkehrten; mutmaß-lich nahmen die drei Brüder und Schwester Anna an der Trauerfeier für Rosa Luxemburg am 13. Juni 1919 in Berlin teil. Auch das spätere Schicksal weiterer Famili-enmitglieder war von den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts geprägt. Auf einem Foto in der Ausstellung sind vier Nichten und Neffen von Rosa zu sehen; einer wurde später im Wald von Katyn als polni-scher Offizier im Frühjahr 1940 ermordet, ein anderer wurde als Widerstandskämpfer von den deutschen Besatzern im KZ Maidanek hingerichtet. Bernhard Borde, ein Enkel von Józef Luxem-burg, hatte hingegen Glück und trug noch im hohen Alter zur Spurensuche über seine berühmte Verwandte bei.

Neues aus der Geschichtsforschung

Kurt Schneider Das diesjährige Septemberheft der „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ ist höchst vielfältig. Der einleitende Beitrag, verfasst von Stefan Bollinger, behandelte den deutschen Angriff auf die Sowjetunion als Wendepunkt der Geschichte, gefolgt von Günter Wehners Würdigung der deutsch-sowjetischen Widerstandsgruppe in Berlin-Wilhelmsruh 1942 bis 1944, deren Tätigkeit bisher relativ unbekannt ist. Den ersten Komplex schließt Siegfried Prokop zu der Potsdamer Konferenz und dem diabolischen Junktim von US-Außenminister Byrnes ab.

Der Frage nach dem Sinn, an den 75. Jahrestag der Gründung der SED zu erinnern, geht Gerd Dietrich nach, indem er sich mit dem Blick auf Traditionen, Rituale und Hoffnungen der politischen Kultur des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD 1946 zuwendet. Drang und Zwang waren miteinander verflochten, zumal die Schaffung einer gesamtdeutschen Arbeiterpartei gescheitert war. Gravierende Schwierigkeiten, insbesondere von Anton Ackermann auf den Punkt gebracht, zerschlugen hohe Erwartungen. „So wurde schon das erste Jahr der SED“, schreibt Dietrich, „in vielerlei Hinsicht zu einem Krisenjahr.“

Dem folgt der bereits dritte Teil zum Königsberger Prozess, Karl Liebkechts bedeutendster Prozess, sorgsam verfasst von Matthias John. Der vierte Teil ist für das nächste Heft vorgemerkt.

Besonderes Interesse dürfte der Bericht von Jörg Wollenberg über das kaum bekannte einstige Rosa Luxemburg-Seminar der IG Metall finden. Unter dem Titel „Aus verpassten Chancen lernen“ entstand ein Seminarangebot zu Leben und Werk von Rosa Luxemburg, das ab 1999 als Kooperationsseminar des Berliner Bildungszentrums am Pichelsee und der IG Metall-Bezirksleitung Niedersachsen/Sachsen-Anhalt angeboten und vom Bezirkssekretär Harald Kolbe und Ernst Wollenberg, fachlich unterstützt durch Annelies Laschitzka, mehr als 10 Jahre geleitet wurde. Wollenberg informiert präzise über das konkrete Programm des Seminars, darunter zum Zeitplan, über die Arbeitsmaterialien mit Texten von Rosa Luxemburg als Orientierungshilfe. Die 6 Arbeitsgruppen des Seminars werden inhaltlich behandelt, ebenso die Ergänzungsveranstaltungen zum Luxemburg-Seminar in Berlin.

Das folgende Interview mit Heinz Niemann, geführt von Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze, enthält erstmalig eine kenntnisreiche Darstellung der Konstituierung und des schwierigen Werdegangs der damals einzigen Forschungsgruppe der DDR zur Geschichte der SPD am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Leitung von Lena Roggenbruck. Der Versuch Niemanns, nach der Wende ein Institut für Politikwissenschaft an der HUB

zu etablieren, schlug fehl. Von den Evaluierenden „mangels politikwissenschaftlicher Kompetenz“ und anderer Ausreden abgelehnt, wurde er mit 56 Jahren arbeitslos. Die Jahrzehnte danach glichen dem Hunderten abgewickelter leistungsstarker DDR-Wissenschaftler. Von ihm erschien 2008 in alleiniger Verantwortung die überarbeitete Geschichte der SPD und jüngst die 770-seitige „Kleine Geschichte der SED“.

Ein von Manfred Weißbecker verfasster Brief zum 80. Geburtstag von Werner Röhr am 27. September 2021 verschweigt nicht die schmerzhaften Unwegheiten in den 70-ziger Jahren – „verordnete Engstirnigkeit, geistiges Unvermögen und zwanghaftes Reiten unwissenschaftlicher Prinzipien“ – der zu Röhrs Wechsel vom Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR zum Zentralinstitut für Geschichte an der gleichen Akademie führte. Doch der als Bestrafung gedachte Wechsel erwies sich für den nunmehrigen Faschismusforscher von wissenschaftlichem Gewinn. Ein knappes Jahr Jahrzehnt danach folgte dem Ende der DDR auch das der Akademie, an der er höchst erfolgreich forschend und schreibend tätig gewesen war.

Der ihm folgende von Werner Röhr stammende Nachruf auf Alfred Kosing, der nach dem Untergang der DDR in Antalia/Türkei – quasi im Exil – gelebt hatte und am 21. Oktober 2020 im Alter von 91 Jahren verstarb, ehrt ihn als international bedeutenden marxistischen Philosophen der DDR, der auch nach ihrem Ende nicht schwieg. Kosing blieb Kommunist und Marxist, forschte weiter, wovon u.a. seine Analyse der Ursachen des Untergangs des staatlichen Sozialismus sowie je ein Band zu seiner Tätigkeit an der SED-Akademie und zum Stalinismus zeugen. Sachkundige Rezensionen profilierter Autoren – darunter Günter Benser, Gerhard Engel, Helga E. Hörz, Siegfried Prokop und Walter Schmidt – schließen das empfehlenswerte Heft ab.

① Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 3/2021, trafo Wissenschaftsverlag, Verlagsgruppe Dr. Wolfgang Weist, Berlin, Einzelheft: 16,00 Euro

23. Jahrgang, Nr. 208 Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Januar 2021

RotFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Winterschlacht

Am 15. Januar vor 80 Jahren befahl Hitler den Rückzug der Wehrmacht aus ihren Stellungen vor Moskau. Zum ersten Mal seit 1939 war ein deutscher „Blitzkrieg“ gescheitert und mit ihm, wie wir heute wissen, der gesamte „Fall Barbarossa“, der Plan zur Er-



Rückzug deutscher Soldaten, Januar 1942

oberung des europäischen Teils der Sowjetunion bis zur Linie Archangel'sk-Astrachan. In der Moskauer Angriffsoperation seit dem Faschismus 1941 warf die Rote Armee die Gefährdung des ersten sozialistischen Staat war nicht beseitigt, aber fürs erste gebannt. Die faschistische Führung hatte noch im ersten Kriegsjahr die sowjetische Bevölkerung um bis zu 40 Millionen Menschen (estimieren wollen die übrigen sollten als Arbeitsskizzen deutscher Kolonialisten eine Weile am Leben bleiben. Denn dieser Krieg war auch ein imperialistischer Kolonialkrieg, wie ihn die westeuropäischen Mächte und die Nordamerikaner seit Jahrhunderten geführt hatten. Entsprechend grausame Entdeckungen machten die Sowjetvölker, als sie in die von den Deutschen zerstörten Dörfer und Städte vordrangen. Der 2021 verstorbene Werner Röhr, der in der DDR populäre Medizinalprofessor Moritz Mebel kam, wenn immer wieder auf die Verbrechen der Wehrmacht zu sprechen, die mit eigenen Augen in jenen Wochen Ende 1941 und Anfang 1942 vor Moskau gesehen hatte: Tod und Verderben überall.

gesetzt werden. Dazu bedarf es einer entschlossenen politischen Führung, breiter Unterstützung durch die Bevölkerung, hoher militärischer Kunst und der richtigen Waffen. Ausgerechnet zum 80. Jahrestag der Schlacht um Moskau plant der Imperialismus erneut einen Feldzug gegen Rußland. Bereits im Frühjahr 2021 hatte die Kiewer Regierung versucht, die NATO in einen „Blitzkrieg“ gegen die Aufständischen im Donbass hinein-zuziehen. Das mißlang, nicht zuletzt durch offenbar sorgfältig dosierte elektronische Kampfführung der russischen Streitkräfte. Aber die Kiewer Abenteuer, die an den Fäden Washingtons und der EU hängen, haben nicht aufgegeben. Fast die halbe ukrainische Armee wurde im Osten des Landes zusammengezogen. Als Rußland darauf mit eigenen Truppenbewegungen reagierte, entfielen westliche Medien und Politiker im November 2021 eine antirussische Hysterie, wie es sie seit dem Kalten Krieg kaum mehr gegeben hatte. Minister, Abgeordnete, Journalisten nannten täglich neue Termine, an denen Putin angeblich seine Truppen zum Sturm antreten lassen wollte. Die von westlichen Geheimdiensten geordneten russischen Einheiten wechselten nicht nur täglich ihren Standort, sondern wurden auch ehestens

in unterschiedlicher Stärke gezählt. Parallel dazu steigerten sich NATO, EU und die Vertreter ihrer Mitgliedstaaten in missive Drohungen gegen Moskau hinein. Schließlich berichteten CNN und das ZDF am 6. Dezember, der Westen rücke seine „schärfste wirtschaftliche Waffe“ gegen Rußland und drohe damit, das Land vom internationalen Zahlungsverkehr abzuschneiden. Diplomaten hätten das eine „nukleare Option“ genannt. Das Gespräch zwischen Wladimir Putin und US-Präsident Joseph Biden am 8. Dezember brachte nur wenig Ruhe an der Medienfront. Klar wurde: Die USA erwägen offenbar, in ihrer Halbkolonie Ukraine auf Moskau gerichtete Raketen zu stationieren. Damit erfüllen sie ein Vorhaben, das sie mit wechselnden Begründungen – mal Iran, mal KDW – seit 20 Jahren, seit ihrer Kündigung des ABM-Vertrag von 1972 über das Verbot von Raketenabwehrsystemen verfolgt haben. Ein russischer Experte sprach mit Blick auf die Krise von 1962 von einem „Kuba-Moment“ für Rußland. In der Ukraine aufgestellte Raketen erreichen in wenigen Minuten Moskau. Die Situation ist dementsprechend ernst, sehr ernst. Ohne den Sieg vor 80 Jahren gäbe es Rußland heute wahrscheinlich nicht. Die Winterschlacht von damals sollte allen ins Gedächtnis gerufen werden, die mit Moskau aus einer Position der Stärke“ (Ansgret Kramp-Karrenbauer) sprechen wollen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt

Die Spur der Falke	2
Militär und Rüstung	4
Zum Koalitionsvertrag	5
NATO und Ukraine	6
Bolschewische Wälfen	9
Die Lata-Lammontarkis	10
Wahlen in Portugal	13
Marxismus und Naturwissenschaften	14
Klassenkampf	16
Der westliche Sozialismus	18
Mittler- und jüngere	20
Bildender Klassenkampf	21
Bürger zweiter Klasse	23
WVA	24
Leiterbriefe	29

Januar-Cover des Rotfuchs, via rotfuchs.net

»RotFuchs« Förderverein e.V.

Siegfried Kretzschmar Wir - Journalisten und Fachleute vieler Bereiche - bringen den „RotFuchs“ als Monatszeitschrift mit 32 Seiten heraus. Sie erscheint seit Februar 1998 in Berlin und ist heute die auflagenstärkste marxistische Monatszeitschrift in deutscher Sprache.

Wir sind so altmodisch, dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin in Theorie und Praxis die Treue zu halten. Uns geht es um eine soziale Ordnung, die nur im Ergebnis unablässiger Klassen- und Massenkämpfe erstritten werden kann. Ihr Voraussetzungen sind die politische Macht der durch das Kapital Ausgebeuteten und das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln.

Der „RotFuchs“, der für konsequenten Antifaschismus eintritt und Neonazismus in jeder Form bekämpft, ist ein von Sponsoren und Organisationen unabhängiges Blatt für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke mit und ohne Parteibuch.

Der „RotFuchs“ hat keinen Preis. Einmal im Jahr bitten wir um eine Spende. Unsere Zeitschrift wird „RotFuchs“ wird in einer neutralen Versandtasche verschickt.

① Interessenten melden sich bitte telefonisch: 030-98389830 oder 030-2412673; per E-Mail: vertrieb@rotfuchs.net

Danke für die erfolgreiche Spendenübergaben

Ralph Rüdiger Kurz vor Weihnachten, vom 16.12.2021 bis zum 23.12.2021, verbrachte ein Team des Vereins „Perspektiven für Kinder auf dem Westbalkan“ fast eine Woche in den Ländern Albanien und Kosovo, um den Ärmsten in dieser Region sowohl Geld- wie auch Sachspenden zu übergeben. Während es für die Vereinsmitglieder Max Schöpe, Michael Eichhorn und Ralph Rüdiger bereits zum neunten Mal in den Westbalkan ging, war es die erste Projektfahrt für Karmen Dietze, Ina Felina Rosa und Nasim Reza-Tehrani, die sich als Freiwillige angeschlossen hatten.

Von Leipzig gestartet, ging es 1.700 km bis nach Bari in Italien und von dort mit der Fähre nach Durres. Weiter ging es mit zwei vollgepackten Transportern bis in die albanische Hauptstadt Tirana.

Am ersten Tag überreichte das Team insgesamt 20 Lebensmittel- und Hygienepakete an Familien bei Peza in der Nähe der Hauptstadt. Diese sind aufgrund des schweren Erdbebens im November 2019 immer noch in Zelten und Containern untergebracht und freuen sich über die Spendengaben.

Am zweiten Tag besuchte das Team das Kinderzentrum „Reze Dielli“ und wurde mit einem liebevollen Kulturprogramm der Kinder empfangen. Dank der Spender:innen konnte das Team 66 Weihnachtspakete verteilen. Für die meisten Kinder war es das einzige Weihnachtsgeschenk, weil sich die Familien dies nicht leisten können. Des Weiteren wurde ein Spendenscheck in Höhe von 6.000 € überreicht. Entsprechend groß war die Freude sowohl bei den Kindern wie auch den Erwachsenen. Denn mit dem Spendenscheck können weiterhin Freizeit-, aber auch Therapiemöglichkeiten für (Waisen-) Kinder der Region, die zu den ärmsten gehören, finanziert werden. Auch wird das Spendengeld eingesetzt, um eine Wiedereingliederung in das familiäre Umfeld zu unterstützen. Das albanische Kinderheim und seine Tätigkeiten werden nicht vom Staat unterstützt.

Schließlich ging es für das Vereinsteam nach Kosovo und in die Hauptstadt Pristina. In unmittelbarer Nähe liegt hier die Gemeinde Fushe-Kosovo, die zu den ärmsten Regionen zählt. In den nächsten drei Tagen verteilte das Vereinsteam hier 40 Lebensmittelpakete und konnte damit die Anzahl im Vergleich zu der Sommer-Projektreise verdoppeln. Damit die ärmsten Familien über den kalten Winter kommen, wurde auch Brennholz an 82 Familien verteilt. Darüber hinaus organisierte das Team an zwei Nachmittagen die Übergabe der gespendeten Sachgüter an die Notdürftigen. Bis in den späten Abend hinein wurden Schuhe, warme Winterjacken, Kleidung und Kindersachen, aber auch Spielzeug, Bettwäsche, Decken und Hygieneartikel verteilt. Der Ansturm war so groß, dass vieles nach wenigen Stunden bereits vergriffen war.

Durch gespendetes Geld aus Patenschaften war es zudem möglich mit einigen Kindern (u. a. Medina) und Familien individuell einkaufen zu gehen und ihnen Geschenke zu besorgen.

Während unseres Aufenthalts in Fushe-Kosovo führten wir auch Gespräche mit der Hilfsorganisation „SOS Kinderdorf“ und „Balkan Sunflowers Kosovo“, mit denen enge Kooperationen bestehen. Wir konnten uns davon überzeugen, dass ihre Arbeit und die von uns bereitgestellten Mittel direkt bei den Menschen in Fushe-Kosovo ankommen und nicht in einem Verwaltungsapparat versickern.

Aus diesem Grund trug jede:r Teilnehmer:in sämtliche Kosten und Spesen der Projektfahrt selbst. So tragen wir Sorge dafür, dass die Spenden zu 100 % bei den bedürftigen Menschen vor Ort ankommen.

Wir sind allen Spendern sehr dankbar, die mitgeholfen haben, das Leid der Menschen, vor allem der Kinder, etwas zu mildern. Besonders geht der Dank an den „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.“, an die sächsische Landtagsfraktion DIE LINKE, den Stadtverband Leipzig, an den Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann sowie an Eva Firesch, die ihrer AG „Senioren“ Spenden einsammeln konnte. Dank geht auch an Petra Ertel, die eine Patenschaft über ein kran-

kes Kind in Fushe Kosovo übernommen hat. Besonders strahlende Kinderaugen machten uns den Stress erträglicher. In einigen Situationen hatten wir die Mühe, unsere Tränen zu unterdrücken.

Den Rest des Spendengeldes wollen wir u. a. für die Verlängerung der Kooperation mit dem SOS Kinderdorf Kosovo in diesem Sommer verwenden. Das Geld wird auch für den Kauf von Medikamenten und Lebensmittel in den nächsten Monaten benötigt. Da es im Kosovo nur Sozialhilfe gibt, wenn Kinder unter 6 Jahren im Haushalt leben (bis zu 120 € Sozialhilfe für die ganze Familie im Monat), bleibt zu befürchten, dass bei eventuell wieder eingeführten Ausgangssperren viele kosovarische Familien zeitweise komplett ohne Einkommen dastehen und wieder auf Lebensmittelpakete angewiesen sind.

Nochmals vielen, vielen Dank für die humanitäre Hilfe.

Der Autor Ralph Rüdiger ist Vereinsvorsitzender des „Perspektiven für Kinder auf dem Westbalkan e.V.“



Foto: Michael Eichhorn

Bilder von rrr: Kay K., Birthe Kleemann, privat



3 Bilder vom Jahresanfang

Bild links oben: Am 15. Januar lud der VVN-BdA Leipzig e. V. zum gemeinsamen Gedenken an die hingerichteten Mitglieder der Leipziger Schumann-Engert-Kresse-Gruppe auf den Südfriedhof ein. An der Erinnerungsveranstaltung für die antifaschistischen Widerstandskämpfer, welche im Januar 1945 in Dresden hingerichtet wurden, nahmen Menschen verschiedener Generationen teil.

Bild rechts oben: Die Internationale Flagge der Roma wurde beim ersten Roma Weltkongress in London 1971 als allgemeines Symbol der Roma weltweit beschlossen. In vielen europäischen Ländern wird sie am 8. April – dem internationalen Roma-Day – gehisst und gezeigt. Mit Beschluss der Ratsversammlung vom 19. Januar wird es nun auch in Leipzig soweit sein.

Bild rechts unten: Anlässlich des 77. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee fanden am 27. Januar 2022 in Leipzig verschiedene dezentrale Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen statt. Dort wurde den Befreibern gedankt und den Opfern des faschistischen Rassenwahns gedacht. Спасибо!



Meine Aufgaben in der neuen Bundestagsfraktion für die 20. Wahlperiode von 2021-2025

Sören Pellmann Die neue Regierung hat sich konstituiert und damit konnte auch die Aufgabenverteilung unter den Abgeordneten unserer erheblich kleineren neuen Bundestagsfraktion besprochen und festgelegt werden. Wir sind nun nur noch 36 Abgeordnete mit einer stark reduzierten Mitarbeiter*innen-Anzahl in der Fraktion. Das hat zur Folge, dass jede/-r Abgeordnete/-r und jede/-r Mitarbeiter/-in erheblich mehr Arbeit im Parlamentsbetrieb wegtragen muss, als das noch in der letzten Wahlperiode der Fall war. Ich werde in Zukunft für die Bundestagsfraktion ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss (Obmann) und stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen: Ausschuss

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausschuss für Arbeit und Soziales und Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sein. Zudem bin ich Ostbeauftragter unserer Bundestagsfraktion. Ich freue mich weiterhin für unsere Partei im Bundestag eine starke Stimme zu sein und ich werde auch in dieser Wahlperiode Akzente in meiner Arbeit setzen. Wie in den letzten Tagen in den bundesweiten Medien zu vernehmen war, habe ich als Ostbeauftragter unserer Fraktion, Carsten Schneider, Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, bereits viel mediale Aufmerksamkeit für unserer Forderungen erhalten.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Verteilaktion I:** Zum internationalen Frauentag am 8. März findet unsere traditionelle Nelkenverteilung statt. Dabei werden wir knapp 3.000 Nelken und Infomaterial in ganz Leipzig verteilen. Die Blumen und das Material sind ab 8:00 Uhr im Liebknecht-Haus zur Abholung bereit. Wenn du Interesse hast, dich daran zu beteiligen, dann melde dich bitte bei deinem Stadtbezirksverband oder in der Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus.
- **Verteilaktion II:** Für das Frühjahr 2022 und im Vorfeld des internationalen ArbeiterInnenkampf- und Feiertages am 1. Mai planen wir eine weitere Ausgabe unserer Massenverteilung Leipzig konkret zu erstellen. Falls es den Wunsch gibt, dafür eine inhaltliche Zuarbeit zu erstellen, kann sich gern in der Geschäftsstelle gemeldet werden. Nach aktueller Planung ist die Zeitung ab Mitte März zur Verteilung und zum Stecken bereit.
- **LiMA:** Vom 28.03. – 03.04. finden im Rahmen der Linken Medianakademie rund 48 Seminare statt. Ab jetzt kann man sich anmelden: www.linkemedienakademie.de

Wann soll das LINKE Skatturnier 2022 stattfinden?

Erst einmal durchgeführt und schon Tradition: Auch 2022 soll im August ein landesweites LINKES Skatturnier stattfinden. Du entscheidest, wann. Jetzt abstimmen:

skatturnier.dielinke-sachsen.de



Save the date: Bildungskonferenz am 30. April 2022

Reaktion MiB Das deutsche Bildungssystem manövriert sich seit Jahrzehnten von einer Krise zur nächsten. Lehrer:innenmangel, Gebäudemängel und nun auch noch die Corona-Pandemie. All das zeigt uns immer wieder auf dramatische Weise, dass Bildung im gesamtgesellschaftlichen Diskurs nur einen geringen Stellenwert hat. Die Auswirkungen sind fatal. Deutlicher denn je wurde in der Zeit der Pandemie, dass eben nicht alle die gleichen Chancen auf Bildung haben, dass die Digitalisierung eben nicht überall ankommt, dass Deutschland im internationalen Vergleich immer noch Aufholbedarf hat.

Wir als linke Bildungskritiker:innen sind uns einig: die Frage der Bildungsgerechtigkeit hängt immer mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit zusammen. Diese Fragen gilt es zu lösen im internationalen Rahmen, auf Bundes- sowie auf Landesebene und vor Ort in den Gemeinden und Städten inklusiv ob digital oder analog. Wir laden euch/Sie ein, mit uns ins Gespräch zu kommen über die Bildung von morgen.

Sa. 30. April, ab 10:00 Uhr,
vor Ort in Leipzig und im Stream,
Infos: www.dielinke-sachsen.de

Verqueres Denken, gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus

Auf Coronademos marschieren Esoteriker neben Rechtsnationalisten, auf Fahnen flattern rechtsextreme Symbole neben Regenbogenflaggen. Aufklärung über den bedrohlichen Charakter einer anschwellenden Bewegung tut not.

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mi. 23. Feb., 19:30 – 21:30 Uhr
Online, Infos: www.rosalux.de

Kommunaler Stammtisch des Landesverbandes

Ob Parkbänke, Friedhofs-Gießkannen oder Bauleitplanungen, der Spielplatz, das Jugendhaus oder die Einwohnerversammlung. Kommunalpolitik ist unser Herzstück und soll es auch bleiben. 2022 werden in Sachsen Landräte und (Ober-)Bürgermeister:innen neu gewählt. 2024 geht es dann in die „großen Kommunalwahlen“ und wir wollen uns schon jetzt regelmäßig austauschen und bieten dafür einen digitalen Stammtisch an. Dieser findet jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19:00 Uhr online statt.

Do. 3. März, 19:00 Uhr,
Online, Infos: www.dielinke-sachsen.de

Fi(gh)t for Feminism

Am 8.3.2022 gibt es bündeln sich linksaktive und sportliche Kräfte im Leipziger Süden! Unter dem Motto „Fi(gh)t for Feminism“ bieten der Sportclub Süd, sowie die Sportetage Süd für alle interessierten FLINTA* verschiedenste Sportkurse an, um zu zeigen, dass Sport in jeder Form für alle Menschen gedacht ist und gemacht werden kann.

18.30 - 19.30 Uhr Calisthenics (Sportclub Süd, Arno-Nitzsche-Straße 9)
19.45 - 20.30 Uhr Empowerment Party Workout (Sportclub Süd)
19.00 - 20.30 Uhr Dancefit (Sportetage Süd, Simildenstraße 20)

Zwischendurch gibt es jede Menge Möglichkeiten zum feministisch-politischem Austausch über Sport,

Onlinesprechstunde mit den Landesvorsitzenden

Die Vorsitzenden unseres Landesverbandes, Susanne Schaper und Stefan Hartmann, laden euch zur Online-Sprechstunden ein. Die Sprechstunden finden als Videokonferenz via BigBlueButton statt.

Di. 8. März, 18:00 Uhr,
Online, Infos: www.dielinke-sachsen.de

digitales Neumitgliedertreffen des Landesverbandes

Unsere beides Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann laden zum digitalen Neumitgliedertreffen ein.

Di. 15. März, 18:00 Uhr,
Online, Infos: www.dielinke-sachsen.de

digitales Neumitgliedertreffen des Landesverbandes

Unsere beides Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann laden zum digitalen Neumitgliedertreffen ein.

Di. 5. April, 18:00 Uhr,
Online, Infos: www.dielinke-sachsen.de



Tanz und Selbstbestimmung! Kommt vorbei, feiert und supportet Euch! Hinweis: Da es auf Grund der Corona-Pandemie bei den jeweiligen Kursen eine Teilnehmerinnen Begrenzung gibt, wird um eine Anmeldung in der Geschäftsstelle gebeten. Dies ist Telefonisch (0341 14064411) und per E-Mail möglich: kay.kamieth@dielinke-leipzig.de

Di. 8. März, ab 18:30 Uhr, Leipzig-Süd

Impressum

Herausgeberin:
Stadtvorstand DIE LINKE, Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (Vi.S.d.P), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Pellmann.
Gestaltung: Tilman Loos
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im März. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 28.02., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.